Foto von Jürgen Matern

Meine Stimme für Menschenrechte

DAS GENOCIDE ALERT MENSCHENRECHTSZEUGNIS ZUR BUNDESTAGSWAHL 2013

Genocide Alert

Vorwort

Am 22. September entscheiden die Wählerinnen und Wähler in Deutschland über eine neue Bundesregierung. Während die Sozial-, Finanz- und Arbeitsmarktpolitik traditionell den größten inhaltlichen Einfluss auf die Wahlentscheidung haben, werden inzwischen auch die Außen- und Menschenrechtspolitik der Parteien zunehmend zu wichtigen Kriterien der Stimmabgabe. Wie viel Verantwortung ist unser Land bereit zu übernehmen, wenn es um existentielle Fragen von Menschenrechten, Frieden, Sicherheit und Demokratie geht?

Nicht alle Parteien gewähren dem Schutz der Menschenrechte den gleichen Stellenwert. Es gibt deutliche Unterschiede.

Mit dem Menschenrechtszeugnis 2013 informiert Genocide Alert die Öffentlichkeit über die zu erwartende Außen- und Menschenrechtspolitik der im Bundestag vertretenen Parteien. Um eine möglichst große Vergleichbarkeit herzustellen, wurde keine Bewertung der vergangen Legislaturperiode vorgenommen, sondern die Wahlprogramme der Parteien anhand eines Kriterienkatalogs sowie deren individuelle Antworten auf Wahlprüfsteine bewertet. Je ausführlicher und differenzierter sich die Parteien zum Thema Menschenrechte in ihren Programmen positioniert haben, desto besser wurden sie bewertet.

Besonderer Wert wurde auf die Frage gelegt, ob und wie sich die Parteien zur Verhinderung und Bestrafung schwerster Menschenrechtsverletzung positionieren. Neben der Unterstützung des Internationalen Strafgerichtshofes und der sogenannten Schutzverantwortung (engl. „Responsibility to Protect", RtoP) spielten hierbei auch die Unterstützung der Vereinten Nationen, die Zusammenarbeit mit regionalen Organisationen sowie die Konfliktprävention und Nachsorge eine herausgehobene Rolle.

Das Menschenrechtszeugnis 2013 soll für all diejenigen eine Entscheidungshilfe sein, die mit ihrer Stimme für eine verantwortungsbewusste deutsche Menschenrechtspolitik votieren wollen. Das Ziel ist, dass sich die Wäh-

Vorwort

lerinnen und Wähler ein Bild davon machen können, welchen Stellenwert der Menschenrechtsschutz für CDU/CSU, SPD, FDP, B90/Die Grünen und Die Linke hat. Die Bandbreite der vergebenen Noten von "sehr gut" für B90/Die Grünen bis "mangelhaft" für Die Linke zeigt: Nicht alle Parteien gewähren dem Schutz der Menschenrechte den gleichen Stellenwert. Es gibt deutliche Unterschiede. Dass die Grünen als Klassenbeste abschließen hat einen einfachen Grund: Keine andere Partei tritt in ihrem Wahlprogramm so eindeutig, so konkret und so ausführlich für eine menschenrechtsorientierte Außenpolitik ein.

Das Genocide Alert Menschenrechtszeugnis 2013 alleine ist nicht als Wahlempfehlung zu verstehen. Eine Wahlentscheidung treffen die Wählerinnen und Wähler nicht nur unter Berücksichtigung der Außenpolitik, sondern aller Politikfelder insgesamt. Wer dem Schutz der Menschenrechte allerdings besonderen Wert zumessen will, für den ist diese Analyse von großem Nutzen.

Dr. Robert Schütte
Vorsitzender Genocide Alert

Wer wir sind

Genocide Alert ist eine gemeinnützige überparteiliche Menschenrechtsorganisation, die sich für eine effektive Prävention und Bestrafung schwerster Menschenrechtsverbrechen wie Völkermord, Kriegsverbrechen, ethnischen Säuberungen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit einsetzt. Unser Ziel ist eine wirkungsvolle Umsetzung der 2005 von den Vereinten Nationen bekräftigten Schutzverantwortung (engl. Responsibility to Protect) sowie eine weltweit wirksame Bestrafung schwerster Menschenrechtsverletzungen. Genocide Alert setzt sich aktiv dafür ein, dass Deutschland und die Europäische Union ihrer internationalen Verantwortung zum Schutz der Menschenrechte gerecht werden. Die Organisation betreibt Öffentlichkeitsarbeit sowie direkte Politikberatung gegenüber Bundestag, Regierung und Gesellschaft.

Inhalt

Das Menschenrechtszeugnis zur Bundestagswahl 2013	**06**
Bündnis 90/Die Grüne	08
FDP	10
SPD	12
CDU/CSU	14
Die Linke	16
Methodik und Schlussbemerkungen	**18**
Impressum	21

Das Menschenrechtszeugnis zur Bundestagswahl

Auf dem Weltgipfel der Vereinten Nationen im Jahr 2005 verpflichteten sich ausnahmslos alle Staaten zur Wahrnehmung ihrer Schutzverantwortung, damit Zivilbevölkerungen in Zukunft besser vor Völkermord, Kriegsverbrechen, ethnischen Säuberungen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit geschützt werden können. Die internationale Gemeinschaft hat sich hiermit die Aufgabe gegeben, Staaten bei der Wahrnehmung ihrer Schutzverantwortung zu unterstützen und im Notfall den Schutz bedrohter Bevölkerung zu erzwingen.

Mit diesem Zeugnis bewertet Genocide Alert, inwiefern die im Bundestag vertretenen Parteien sich dieser Verantwortung in der kommenden Legislaturperiode stellen wollen und für eine deutsche Außenpolitik eintreten, die dem Schutz der Menschenrechte, der Verhinderung schwerster Menschenrechtsverletzungen und einer Bestrafung solcher Verbrechen gewidmet ist.

Wie bereits beim letzten Menschenrechtszeugnis zur Bundestagswahl 2009 stehen auch 2013 erneut Bündnis 90/Die Grünen an der Spitze. Das klare Bekenntnis der Grünen zum Menschenrechtsschutz und der Bekämpfung schwerster Menschenrechtsverbrechen bringt ihnen die Note 1 (sehr gut) ein. Auf Platz zwei liegt die FDP mit einer 2- (noch gut). Die Liberalen sprechen sich in ihrem Wahlprogramm ausführlich für eine menschenrechtsorientierte Außenpolitik aus, hätten jedoch mit der Nennung konkreterer Maßnahmen in den Themen Menschenrechtsschutz und Krisenprävention-noch besser abschneiden können.

Im Mittelfeld finden sich die SPD sowie die CDU/CSU. Die Sozialdemokraten erreichen die

RANKING ZUR BUNDESTAGSWAHL 2013

Partei	Punkte	Note	
Bündnis90/Grüne:	17	1	(sehr gut)
FDP:	13	2-	(noch gut)
SPD:	10	3-	(nach befriedigend)
CDU/CSU:	9	4+	(voll ausreichend)
Die Linke:	5	5	(mangelhaft)

Note 3- (noch befriedigend). Die SPD betrachtet Menschenrechte und Demokratie stets im Zusammenhang mit Frieden und Sicherheit, äußert sich allerdings nur vergleichsweise kurz zu den Themen Krisenprävention, Schutzverantwortung und dem Internationale Strafgerichtshof. Die weltweite Anerkennung der Menschenrechte setzten sich die Unionsparteien in ihrem Wahlprogramm explizit zum Ziel. Da konkrete Aussagen dazu im Wahlprogramm und auch in den Antworten auf unsere Wahlprüfsteine aber eher vage bleiben, erhalten die Christdemokraten mit der Note 4+ (voll ausreichend) ein für eine Regierungspartei ausbaufähiges Ergebnis.

Abgeschlagen auf dem letzten Platz findet sich wie, bereits im Jahr 2009, Die Linke. Trotz häufiger Bekenntnisse zu Menschenrechten im Wahlprogramm, benennt die Linke keine Ideen, wie Deutschland aktiv zu einer besseren Einhaltung der Menschenrechte beitragen kann. Ihre Ablehnung UN-mandatierter Friedensmissionen und Skepsis gegenüber der Verwirklichung der internationalen Schutzverantwortung und Bestrafung schwerster Menschenrechtsverletzungen durch den Internationalen Strafgerichtshof zeichnen leider nicht das Bild einer verantwortungsbewussten Außenpolitik. Daher fällt die Linke mit der Note 5 (mangelhaft) als einzige Partei durch.

Das vorliegende Zeugnis zeigt, wie wichtig den Parteien das Thema Menschenrechte ist.

Das von Genocide Alert erarbeitete und herausgegebene Zeugnis umfasst eine Bewertung der Wahlprogramme der im Bundestag vertretenen Parteien sowie ergänzende Antworten der Bundestagsfraktionen auf die von Genocide Alert an sie gerichteten Wahlprüfsteine. Die Bewertung der Wahlprogramme erfolgte auf Basis eines Fragebogens mit 15 Fragen zu unterschiedlichen Bereichen des Menschenrechtsschutzes (siehe Kapitel „Methodik").

Die Bewertung erfolgte durch die Mitglieder von Genocide Alert. Streitfälle wurden in der Gruppe im Konsens entschieden. Ergänzt wurde die Bewertung der Wahlprogramme durch die Vergabe von bis zu drei Zusatzpunkten, entsprechend der Qualität der Antworten auf die von Genocide Alert an die Bundestagsfraktionen gestellten Wahlprüfsteine.

Auf den folgenden Seiten finden Sie die Bewertungen der Parteien im Einzelnen. Weitere Informationen, wie die Parteien nach den Bewertungskriterien abgeschnitten haben sowie die Antworten der Parteien auf unsere Wahlprüfsteine, sind im Internet unter: www.schutzverantwortung.de zu finden.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Der Klassenprimus in Sachen Menschenrechte

Bündnis 90/Die Grünen streben einen umfassenden Wandel der deutschen Außenpolitik an. Allen Politikfeldern ist gemeinsam, dass die Partei die Einhaltung und Förderung universeller Menschenrechte als zentralen Pfeiler ihrer Politik begreift. Folglich setzt sich die Partei für eine Stärkung des Internationalen Strafgerichtshofes ein, um schwerste Menschenrechtsverletzungen effektiver bestrafen zu können. Das Konzept der Schutzverantwortung gilt dabei als zentrale Säule ihrer Außenpolitik.

Die Grünen betonen den Vorrang ziviler Krisenprävention und die Erkenntnis, dass Frieden niemals erzwungen werden kann. Jedoch machen sie auch deutlich, dass zum Schutz bedrohter Zivilbevölkerungen auch ein militärisches Eingreifen als letztes Mittel notwendig sein kann. Explizit fordern die Grünen eine größere Übernahme von Verantwortung Deutschlands in UN-Friedensmissionen sowie eine restriktivere Rüstungsexportpolitik.

Die Antworten auf unsere Wahlprüfsteine zeigen: Die Partei hat sich in den letzten Jahren intensiv mit der Schutzverantwortung auseinandergesetzt und den Menschenrechtsschutz als ein außenpolitisches Leitbild definiert.

Es wurden mehrere Anträge in den Bundestag eingebracht und inhaltliche Diskussionsveranstaltungen organisiert. Strengere Regelungen für Waffenexporte gehören zu den neun zentralen Themenschwerpunkten dieses Wahlkampfes. Ihre Forderungen nach der Einrichtung einer nationalen Stelle für die Schutzverantwortung, der Etablierung eines europäischen Friedensforschungsinstituts sowie einer stärkeren Demokratisierung der Vereinten Nationen unterstreichen, dass die Grünen sich aktiv für eine menschenrechtsbasierte Außenpolitik einsetzen wollen.

Sie sind auch nicht der kontroversen Frage nach dem Einsatz von Gewalt ausgewichen, welches sie als letztes Mittel zur Verhinderung schwerster Menschenrechtsverbrechen ansehen. Hieran lässt sich ablesen, dass die Verfolgung idealistischer Ziele mit einer differenzierten und realistischen Sicht auf außenpolitische Gegebenheiten ins Gleichgewicht gebracht werden soll. Angesichts dessen fällt es nicht weiter ins Gewicht, dass Maßnahmen für eine zeitnahe und wirkungsvolle Reaktion auf Menschenrechtsverletzungen konkreter hätte ausfallen können.

Bündnis 90/Die Grünen haben sich die Note 1 (sehr gut) redlich verdient und gehen als Klassenbeste in die Bundestagswahl 2013.

Note: 1

Zitate aus dem Wahlprogramm

- "Wir verstehen das internationale Konzept der Schutzverantwortung, der responsibility to protect, als wichtige Säule der Krisenprävention und wollen sie wirksamer umsetzen."
- „Deutsche Politik muss im Hinblick auf den Schutz und die Förderung von Menschenrechten und Entwicklung kohärenter werden. Es darf nicht mehr passieren, dass ein Ressort im Dienste von Menschenrechten und Entwicklung arbeitet und ein anderes die Erreichung dieser Ziele mit eigenen, nicht abgestimmten Maßnahmen konterkariert oder gar zerstört. Wir wollen Kohärenz sicherstellen, z.B. durch ressortübergreifende Länderstrategien für Partnerländer der Entwicklungszusammenarbeit."
- „Die unter Rot-Grün geschaffenen zivilen Ansätze müssen weiterentwickelt und ihr Rückstand gegenüber den militärischen Kapazitäten aufgeholt werden."
- "Rüstungsexporte in Staaten, die Menschenrechte mit Füßen treten, darf es nicht mehr geben. Eine grüne Regierungsbeteiligung gibt es daher nur mit einer anderen Rüstungsexportpolitik, die endlich mehr Transparenz und Kontrolle ermöglicht und restriktiv ist."
- „Für ein Ende der Straflosigkeit bei schwersten Menschenrechtsverletzungen durch Stärkung des Internationalen Strafgerichtshofs und des Völkerstrafrechts."
- „Es gibt Situationen, in denen gewaltsames militärisches Eingreifen notwendig ist, um schwerste Menschenrechtsverletzungen oder gar Völkermord zu verhindern oder zu stoppen."
- „An der Vision, den VN eigene ständige Truppen zu unterstellen anstatt nationaler Militärkontingente, halten wir fest. Wir setzen uns dafür ein, dass Deutschland VN-Missionen – zivile wie militärische – nicht nur finanziell, sondern auch personell stärker unterstützt."

Fotoquelle: Pressestelle Bündnis 90/DIE GRÜNEN

FDP
Die Liberalen wecken hohe Erwartungen

Die FDP deckt in ihrem Wahlprogramm viele Facetten des Menschenrechtsschutzes ab und erhält damit die zweitbeste Note. So benennt sie eine verstärkte Zusammenarbeit mit internationalen und regionalen Organisationen ebenso als Ziel wie den Schutz von Freiheit, Menschenrechten und Demokratie. Menschenrechte werden von der FDP nicht isoliert, sondern im Kontext ökonomischer und gesellschaftlicher Entwicklung sowie Sicherheit betrachtet. Die Einhaltung der Menschenrechte wird insbesondere im Fall von Rohstoffländern als ein wichtiges Kriterium zur Ausgestaltung der bilateralen Beziehungen benannt.

Was besonders löblich ist: Die Liberalen bekennen sich in ihrem Wahlprogramm offensiv zu einer Weiterentwicklung der Schutzverantwortung und der Unterstützung des Internationalen Strafgerichtshofs. Hinsichtlich einer restriktiveren Rüstungsexportkontrolle hätte die Partei allerdings klarere Aussagen und Maßnahmen benennen müssen.

Bei den Antworten auf die Wahlprüfsteine verweist die FDP auf die Maßnahmen und Erfolge der Bundesregierung in der vergangenen Regierungsperiode. Dabei wird besonders auf die Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen und nationalen Koordinationsgremien verwiesen. Zudem fokussieren sich auch die Liberalen auf präventive Maßnahmen wie bspw. im Bereich Krisenfrühwarnung. Auch die notwendige Weiterentwicklung des Konzeptes der Schutzverantwortung wird betont, jedoch kein konkretes Ziel oder weitere Maßnahmen benannt.

Sowohl im Wahlprogramm als auch in den Antworten auf die Genocide Alert Wahlprüfsteine fehlen leider jegliche Verweise auf Fragen militärischer Einsätze zum Schutz von Zivilisten. Hier hätten die Liberalen klarer Stellung zu einer Frage beziehen können, die viele Wählerinnen und Wähler umtreibt. Auch die Ausformulierung von konkreten Maßnahmen zur Reaktion auf schwerste Menschenrechtsverletzungen fehlt.

Insgesamt erreichen die Liberalen mit der Note 2- (noch gut) einen passablen zweiten Platz, verbessern sich aber merklich gegenüber der Bewertung von Genocide Alert aus dem Jahr 2009.

Note
2-

Zitate aus dem Wahlprogramm

- „Wir setzen uns weltweit ein für die Einhaltung und Stärkung der Menschenrechte, für den Schutz der Freiheit, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit wie auch für den Schutz von Fortschritt, den auf kultureller Selbstbestimmung basierenden Wohlstand sowie den Schutz unserer Bürger vor weltweiten Sicherheitsrisiken."
- „Unter dem Dach der Vereinten Nationen wollen wir den völkerrechtlichen Begriff der Schutzverantwortung ausdifferenzieren und weiter entwickeln. Dabei soll unter den Säulen „to prevent, to react und to rebuild" der Stärkung der Prävention besondere Bedeutung zukommen."
- „Menschenrechte sind das Fundament für die demokratische, wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung eines Landes. Nur wo Menschen in Freiheit leben können, kann es auf Dauer Hoffnung, Fortschritt und Wohlstand geben."
- „Die Wahrung der Menschenrechte ist und bleibt für Liberale vorrangig. Das haben wir mit der Einführung einer verbindlichen Menschenrechts-Kontrolle für Entwicklungsprojekte unter Beweis gestellt. Dieses Instrument wollen wir in Zukunft konsequent weiter anwenden: Deutschland fördert, aber wir fordern auch – mehr Rechtsstaat, mehr Demokratie, mehr Marktwirtschaft und mehr Eigenverantwortung."
- „Wir wollen eine weitere Stärkung der internationalen Strafgerichtsbarkeit – wie zum Beispiel des Internationalen Strafgerichtshofs."

Fotoquelle: Pressestelle FDP

SPD
Mehr möglich bei den Sozialdemokraten

Die SPD hebt in ihrem Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2013 die Bedeutung der Menschenrechte für ihre Außenpolitik hervor. Dabei ist insbesondere der ganzheitliche Ansatz hervorzuheben, Menschenrechte und Demokratie im Zusammenhang mit Frieden und Sicherheit zu sehen. Ebenso wird dem Bemühen Ausdruck verliehen, sich für eine deutsche Entwicklungspolitik einzusetzen, die von Menschenrechtsbelangen geleitetet wird.

Positiv ist zudem zu vermerken, dass die SPD bei Rüstungsexporten Deutschlands eine stärkere Betrachtung der Menschenrechtslage in den Zielländern fordert und die Notwendigkeit betont, zusammen mit der internationalen Gemeinschaft auf Menschenrechtsverbrechen mit allen notwendigen Maßnahmen zu reagieren. Erstmalig erwähnen die Sozialdemokraten zudem explizit die Responsibility to Protect, die vor allem in ihrer präventiven Dimension weiterentwickelt werden soll.

Leider skizziert die Partei nicht, anhand welcher Instrumente der Menschenrechtsschutz genau vorangetrieben werden kann und wie sie eine Prävention bewaffneter Konflikte konkret umsetzen möchte. Hier hätte die SPD mit Aussagen zum Ausbau von Institutionen zur Umsetzung der Schutzverantwortung sowie einer Forderung nach Aufstockung der Ressourcen für die Krisenprävention punkten können. Ein Hinweis auf die Stärkung des Internationalen Strafgerichtshofes fehlt ebenfalls. Insgesamt ist das Wahlprogramm aus menschenrechtspolitischer Perspektive daher zu unambitioniert.

Punkte sammeln konnten die Sozialdemokraten hingegen mit ihren Antworten auf die Wahlprüfsteine von Genocide Alert, in denen ein Bemühen der SPD zur Weiterentwicklung der Schutzverantwortung ausgedrückt wird. So hat sich die Partei mit einem eigenen Bundestagsantrag sowie in verschiedenen Diskussionen wiederholt mit der Frage beschäftigt, wie schwerste Menschenrechtsverletzungen künftig verhindert werden können.

Insgesamt bewertet Genocide Alert die SPD daher mit der Note 3- (noch befriedigend). Die Partei landet somit im Mittelfeld des Menschenrechtszeugnisses.

Note
3-

Zitate aus dem Wahlprogramm

- „Sozialdemokratische Außenpolitik ist Friedenspolitik. Frieden und Sicherheit erreichen wir am besten durch die Förderung von Demokratie und Menschenrechten sowie von fairen Produktions- und Handelsbedingungen.
- „Wir vertrauen bei unserer vorausschauenden Friedenspolitik auf eine enge Integration politischer, wirtschaftlicher, entwicklungspolitischer und humanitärer Mittel. Zivile Krisenprävention und Konfliktregelung haben für uns immer eindeutig Vorrang. Militärische Mittel kommen überhaupt nur als letzte Möglichkeit in Betracht: mit einem klaren Mandat der Vereinten Nationen, einem Beschluss des Deutschen Bundestages und eingebettet in ein politisches Gesamtkonzept."
- „Um die Identität Deutschlands und Europas als Friedensmacht für Menschenrechte und das Völkerrecht zu fördern, wollen wir den Menschenrechtsschutz der Vereinten Nationen, der EU und des Europarates stärken. Menschenrechte sollen unser Handeln in allen Politikfeldern bestimmen. Die Rechte von Frauen und Kindern sowie von Menschenrechtsverteidigern sind uns besonders wichtig."

Fotoquelle:Pressestelle SPD

- "Die Menschenrechte bilden die verpflichtende Grundlage unserer Gesellschaft – sowohl in Deutschland wie auch in Europa. Sie sind unteilbar und gelten universell – deshalb setzen wir uns innerstaatlich und im Bereich der Europäischen Union, aber auch global für den Schutz und die Förderung der Menschenrechte ein."
- „Dabei tritt unsere Politik für die Weiterentwicklung und Umsetzung der Menschenrechtstandards ebenso ein wie für wirksame Instrumente des Menschenrechtschutzes. Besonders wichtig sind insbesondere der bessere Schutz der Menschenrechtsverteidiger, aber auch die weltweite Ächtung der Todesstrafe und Folter sowie eine wirksamere Verfolgung von Menschenrechtsverletzungen auch im internationalen Rahmen."

CDU/CSU

Hinter den Erwartungen zurück geblieben

CDU/CSU müssen sich mit dem vorletzten Platz zufrieden geben. Dabei gibt es durchaus begrüßenswerte Inhalte zu vermelden: Das Unions-Wahlprogramm spricht sich klar für eine weltweite Anerkennung und Durchsetzung der Menschenrechte aus. Die Achtung der Menschenrechte wird als Ziel christdemokratischer Entwicklungspolitik benannt. Positiv schlägt auch zu Buche, dass die Unionsparteien eine Unterstützung des Internationalen Strafgerichtshofes in ihr Wahlprogramm aufgenommen haben. Zudem fordert die Union die Stärkung der Instrumente des Menschenrechtsschutzes der Vereinten Nationen.

Geht es jedoch ins Detail, so bleiben die Aussagen im Wahlprogramm und auch in den Antworten auf die Wahlprüfsteine von Genocide Alert vage. So nennen CDU/CSU den Menschenrechtsschutz unverständlicher Weise nur in Bezug auf Russland als Kriterium für die Ausgestaltung bilateraler Beziehungen. Auch wird keine Erhöhung der Mittel für die Krisenprävention in Aussicht gestellt. Im Gegensatz zu Grünen, FDP und SPD wird die Responsibility to Protect nicht im Wahlprogramm erwähnt, auch wenn sich CDU/CSU in der Antwort auf die Wahlprüfsteine zu der vom Weltgipfel von 2005 proklamierten Schutzverantwortung als ganzheitliches Konzept mit allen seinen Elementen bekennen. Statt dessen findet sich im Wahlprogramm die vage Aussage, dass CDU und CSU „auch künftig die zu Gebote stehenden Mittel einsetzen [werden], um Menschenrechte zu verteidigen." Was diese unkonkrete Aussage bedeutet, bleibt völlig unklar. Leider steht auch eine restriktivere Rüstungsexportpolitik nicht auf der Tagesordnung von CDU/CSU für die kommende Legislaturperiode.

Die Union bemüht sich um klare außenpolitische Ziele, eine zusammenhängende Menschenrechtspolitik ist aber nicht klar erkennbar. Die Prävention schwerster Menschenrechtsverbrechen spielt ebenso wenig eine Rolle im außenpolitischen Programm der Unionsfraktionen wie konkrete Maßnahmen für einen besseren Schutz von Menschenrechten. Insgesamt gehen CDU/CSU deshalb nur mit einer enttäuschenden 4+ (voll ausreichend) durchs Ziel.

Note
4+

Zitate aus dem Wahlprogramm

- „CDU und CSU stehen für die weltweite Anerkennung und Durchsetzung der Menschenrechte, für Freiheit, Frieden und Völkerverständigung, für Verlässlichkeit und Bündnistreue sowie das Eintreten für die Interessen Deutschlands. Die Werte des Grundgesetzes, die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger, die Interessen und die globale Verantwortung Deutschlands und Europas sind die Maßstäbe unserer Außen- und Sicherheitspolitik. Die Bundeswehr leistet dazu mit ihren Soldatinnen und Soldaten einen unverzichtbaren Beitrag."
- „Die Achtung der Würde und Rechte jedes einzelnen Menschen ist Fundament für die demokratische, freiheitliche, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung eines jeden Landes."
- „Wir setzen uns für die Stärkung der Instrumente und einen höheren Stellenwert des Menschenrechtsschutzes bei den Vereinten Nationen ein. Bestrebungen, den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte zu schwächen, treten wir entschlossen entgegen. Für die Arbeit des Internationalen Strafgerichtshof und dessen Unterstützung durch die Staatengemeinschaft machen wir uns stark. Wir wollen, dass der Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen weltweit glaubwürdig gegen Menschenrechtsverletzungen vorgeht."
- „CDU und CSU werden auch künftig die zu Gebote stehenden Mittel einsetzen, um Menschenrechte zu verteidigen. […] Erst wenn alle nicht-militärischen Mittel ausgeschöpft sind, können militärische Einsätze der Bundeswehr in Frage kommen."

Fotoquelle: Bundespresseamt

DIE LINKE

Menschenrechte? Durchgefallen.

Die Partei „Die Linke" ist mit der Note 5 (mangelhaft) das Schlusslicht und somit wie bereits im Jahr 2009 durchgefallen. Zwar zeichnet sich das Wahlprogramm durch wiederholteBekenntnisse zum Schutz der Menschenrechte aus. Die Bedeutung, die Die Linke der zivilen Krisenprävention zukommen lässt, ist ebenso zu loben, wie die geforderte Aufstockung des „Zivilen Friedensdienstes" und des Aufbaus eines europäischen Friedensdienstes. Auch werden die ökonomischen Ursachen von Konflikten und Menschenrechtsverletzungen betont, eine „Transparenz und Rechenschaftspflicht" für den Handel und eine Verpflichtung deutscher Konzerne zur Wahrung von „sozialen und demokratischen Rechte[n]" gefordert sowie Rüstungsexporte kategorisch abgelehnt.

Trotz einer Reihe guter Forderungen bleibt das Wahlprogramm der Linken in menschenrechtspolitischer Hinsicht allzu oft inkonsequent, undifferenziert und diffus. Zur Verhinderung systematischer Menschenrechtsverletzungen wie Völkermord, Kriegsverbrechen oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit sowie der Bestrafung solcher Verbrechen finden sich nicht nur keine positiven Hinweise im Wahlprogramm, sondern reihenweise problematische Positionen. Ein Beispiel ist die Aussage, dass „die weltweite Achtung und Durchsetzung der Menschenrechte dem Gewaltverbot der UNO-Charta untergeordnet" sein sollte. Dies verkennt nicht nur die Legalität und Legitimität von UN-Friedensmissionen, sondern verlässt den Boden, auf dem die Menschenrechte und das humanitäre Völkerrecht stehen.

Die Linkspartei konstruiert als einzige Partei im Bundestag einen Widerspruch zwischen Frieden und Menschenrechtsschutz, der unreflektiert und aus menschenrechtspolitischer Sicht zu kritisieren ist. Ebenso wenig will sie den Respekt der Menschenrechte als Kriterium für die Ausgestaltung bilateraler Beziehungen anerkennen, was insbesondere aus entwicklungspolitischer Sicht nicht nachzuvollziehen ist.

Es ist zu begrüßen, dass sich die Partei in ihren Antworten auf die Wahlprüfsteine von Genocide Alert grundsätzlich zur Responsibility to Protect und zum Internationalen Strafgerichtshof bekennt. Sie konterkariert diese Stellungnahme jedoch, indem sie ein militärisches Eingreifen selbst im Fall eines Genozids kategorisch ablehnt. Wie auf drohende oder laufende systematische Menschenrechtsverbrechen reagiert werden soll, beantwortet die Partei nicht. Aus diesem Grund muss die Partei am Ende des Tages mit einer 5 (mangelhaft) bewertet werden.

Note
5

Zitate aus dem Wahlprogramm

- „[Wir fordern] das sofortige Verbot aller Exporte von Kleinwaffen und Waffenfabriken. Es sind gerade diese so genannten Kleinwaffen – Sturmgewehre und Maschinenpistolen – mit denen die meisten Menschen in den Kriegen dieser Welt getötet werden, sie sind die Massenvernichtungswaffen des 21. Jahrhunderts."
- „Militärinterventionen werden oftmals mit Verweis auf »Sicherheit« gerechtfertigt: »Sicherheit vor Terrorismus« oder »Sicherheit vor regionaler Destabilisierung«, die militärisch hergestellt werden soll. Gegen dieses Verständnis von Sicherheit stellen wir den Ansatz der Sicherheit vor Hunger, Ausbeutung, Armut und Gewalt. Das Erstarken von gewalttätigen Gruppierungen und politische wie wirtschaftliche Destabilisierung haben ihre Ursachen fast immer in Ungerechtigkeit und Unterdrückung. Daran tragen die Konzerne und die Politik der Bundesregierung entscheidend Mitverantwortung. Wir stellen uns gegen diese aggressive Politik und sind solidarisch mit allen Menschen weltweit, die für Frieden, sozialen Fortschritt und Demokratie kämpfen. Das ist die Alternative zur militärischen Intervention. Wir wollen die Lösung der Konfliktursachen und die Gewaltvorbeugung in den Mittelpunkt der deutschen Politik stellen."
- Auch die weltweite Achtung und Durchsetzung der Menschenrechte ist dem Gewaltverbot der UNO-Charta untergeordnet. Wir stellen uns gegen jeden Versuch, Menschenrechte gegen das Völkerrecht auszuspielen und sie als Kriegsbegründung zu missbrauchen, wie es alle Bundesregierungen der letzten 15 Jahre getan haben."

Fotoquelle:Pressestelle DIE LINKE

METHODIK und SCHLUSSBEMERKUNGEN

Die Bewertung der Wahlprogramme erfolgte auf Basis eines Fragebogens aus vier Bereichen mit jeweils drei bis vier Fragen. Insgesamt beinhaltet der Fragebogen 15 Fragen. Die Bewertung erfolgte durch die Mitglieder von Genocide Alert. Streitfälle wurden konsensual in der Gruppe entschieden. Jede Frage konnte mit Ja oder Nein beantwortet werden. Für jede positiv beantwortete Frage wurde ein Punkt vergeben.
Ein Wahlprogramm konnte somit bis zu 15 Punkte erreichen. Da die Fragen nur mit „ja" oder „nein" beantwortet werden konnten, reichte eine ausreichend positive Benennung eines Themenfeldes oder Arguments für eine Punktvergabe aus. Ergänzt wurde die Bewertung der Wahlprogramme durch die Vergabe von bis zu drei Zusatzpunkten für Antworten auf die von Genocide Alert verschickten Wahlprüfsteine an die Fraktionsvorsitzenden der Parteien. Die Bewertung erfolgte im Hinblick auf einen positiven Tenor der Antworten. Zu folgenden Fragen wurden die Bundestagsfraktionen um eine Stellungnahme gebeten:

1. Welchen Stellenwert hatte das Konzept der Schutzverantwortung für die Außen- und Sicherheitspolitik Ihrer Bundestagsfraktion in der derzeitigen Legislaturperiode?
2. Welche Initiativen hat Ihre Fraktion ergriffen, um die Umsetzung der Schutzverantwortung auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene voranzutreiben?
3. Welche Initiativen hat Ihre Bundestagsfraktion zur Stärkung des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH) und zur Durchsetzung des Völkerstrafgesetzbuches auf nationaler Ebene ergriffen?

Der Fragebogen

Der Fragebogen zur Bewertung der Wahlprogramme umfasst die im Folgenden aufgeführten Fragen. Informationen dazu, wie die Wahlprogramme bei den einzelnen Fragen abgeschnitten haben, finden Sie unter: www.schutzverantwortung.de.

Menschenrechte im Allgemeinen

- Spielt das Thema Menschenrechte eine Rolle im außenpolitischen Teil des Wahlprogramms?
- Wird die Schutzverantwortung oder die Verhinderung massiver Gräueltaten, wie Völkermord, Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und ethnische Säuberungen, im Wahlprogramm positiv benannt?
- Werden der Schutz von Menschenrechten, ökonomische und gesellschaftliche Entwicklung und Sicherheit als zusammenhängend behandelt?

Prävention

- Wird eine Aufstockung der Ressourcen von Maßnahmen der Krisenprävention gefordert?
- Soll laut Wahlprogramm die Menschenrechtssituation in einem Land ein wichtiges Kriterium zur Ausgestaltung der bilate-ralen Beziehungen sein?
- Wird eine stärkere Rüstungsexportkontrolle gefordert?
- Ist die Verbesserung der Menschenrechtssituation in Drittstaaten ein erklärtes Ziel der Entwicklungszusammenarbeit?

Fragebogen und Notengebung

Unterstützung beim Aufbau institutioneller Kapazitäten zum Schutz von Menschenrechten

- Werden institutionelle Sicherheitssektorreformen in Drittstaaten positiv benannt (z.B. Förderung der Rechtsstaatlichkeit, Ausbildung der Sicherheitskräfte auf Basis demokratischer und menschenrechtlicher Prinzipien, etc.)?
- Wird der Ausbau von institutionellen Kapazitäten im Bereich Menschenrechtsschutz / RtoP angekündigt?
- Wird die Zusammenarbeit mit und die aktive Unterstützung des Internationalen Strafgerichtshofes bekräftigt?
- Wird eine Zusammenarbeit mit regionalen Organisationen zum Schutz vor Menschenrechtsverletzungen gefordert?

Reaktion auf schwerste Menschenrechtsverbrechen

- Wird die strafrechtliche Verfolgung schwerster Menschenrechtsverletzungen gefordert bzw. wird der Internationale Strafgerichtshof unterstützt?
- Wird die Verhinderung schwerster Menschenrechtsverletzungen, wenn nötig mit Einsatz militärischer Mittel, als Ziel genannt?
- Werden konkrete Instrumente zur Reaktion auf schwerste Menschenrechtsverletzungen im Wahlprogramm ausbuchstabiert?
- Wird eine stärkere Unterstützung von Friedensmissionen angestrebt?

Notengebung

Insgesamt konnte eine Partei somit bis zu 18 Punkte erreichen. Daher ist ein Wahlprogramm mit drei oder weniger Punkten als unbefriedigend einzustufen. Von dieser Schwelle aus beginnend wird gemäß dem Schulnotensystem in dreier Schritten benotet.
Daher sind vier Punkte = noch mangelhaft, fünf Punkte = mangelhaft, sechs Punkte = voll mangelhaft.

Folgendergibt sich folgende Notenskala:

0-3 Punkte: unbefriedigend (Note 6)
4-6 Punkte: mangelhaft (Note 5)
7-9 Punkte: ausreichend (Note 4)
10-12 Punkte: befriedigend (Note 3)
13-15 Punkte: gut (Note 2)
16-18 Punkte: sehr gut (Note 1)

Impressum

Genocide Alert
c/o Robert Schütte
Michaelstraße 3
50676 Köln

V.i.S.d.P.: Robert Schütte

Kontakt:
info@genocide-alert.de
www.genocide-alert.de

Unser Webportal
zur internationalen Schutzverantwortung:
www.schutzverantwortung.de